

Rede von Helmut Kohl zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (25. Mai 1992)

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 02.06.1992, Nr. 58. Bonn: Deutscher Verlag. "Rede des Bundeskanzlers Helmut Kohl vor der Association pour l'Union Monétaire Européenne", p. 569-572.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_helmut_kohl_zur_europaischen_wirtschafts_und_waehrungsunion_25_mai_1992-de-e8302e52-6798-45b4-a942-e54a3ae85863.html

Publication date: 20/12/2013

Rede des Bundeskanzlers Helmut Kohl vor der Association pour l'Union Monétaire Européenne (25. Mai 1992)

I.

Ich bin Ihrer Einladung zu der heutigen Abendveranstaltung gerne gefolgt. Es freut mich, daß sich deutsche und europäische Spitzen Vertreter aus Industrie und Banken zusammengefunden haben, um für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu werben.

Besonders freue ich mich, daß einer der beiden Initiatoren der „Assoziation für die Europäische Währungsgemeinschaft“, der frühere Präsident der Französischen Republik, Valéry Giscard d'Estaing, heute abend anwesend ist. Zusammen mit dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt sind Sie, lieber Herr Präsident, auch einer der Architekten des Europäischen Währungssystems.

Die positive Bewertung der Maastrichter Ergebnisse zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion durch die Assoziation hebt sich wohltuend ab von mancher Kritik, die in diesen Tagen zu hören ist. Manch einer in Politik und Publizistik, der Stimmung gegen die europäische Währung macht, hat in Wahrheit ganz andere Ziele. Diese Kritiker wollen die Europäische Union nicht! Sie schüren bewußt Zweifel an der Stabilität der künftigen europäischen Währung, um Bürgerinnen und Bürger gegen die Europäische Union aufzubringen. Deshalb müssen wir den Menschen immer wieder sagen: Die Stabilität der Europawährung wird der D-Mark in nichts nachstehen.

Ihre Stimme als Assoziation, aber vor allem auch als Einzelpersonlichkeiten, kann dazu beitragen, Ängste abzubauen und die Vorteile einer gemeinsamen Währung zu verdeutlichen.

II.

Die wirtschaftlichen Vorteile einer gemeinsamen stabilen Währung liegen auf der Hand. Die Europäische Gemeinschaft ist aber viel mehr als ein bloßer wirtschaftlicher Interessenverband von Staaten, die zufällig auf demselben Kontinent liegen. Sie ist eine Gemeinschaft von Völkern, geprägt durch gemeinsame Werte und mit Wurzeln in einer gemeinsamen europäischen Kultur.

Das Bewußtsein für gegenseitige Abhängigkeit und gemeinsame Verantwortung, für technische Neuerungen sowie für die wachsende Globalisierung von Unternehmen und Märkten hat die Einigung Europas gerade in den letzten Jahren mit großen Schritten nach vorn gebracht.

Erinnern wir uns an das Europäische Währungssystem oder an die Einheitliche Europäische Akte und die Vereinbarung des großen Binnenmarktes. Jede dieser Reformen hatte zunächst mit Kritik zu kämpfen und löste lebhafteste Diskussionen aus. Doch es waren gerade ehrgeizige Ziele und Zeitpläne, die wesentlichen Anteil an der Erfolgsgeschichte der Gemeinschaft haben.

Wir Deutschen haben ökonomisch und politisch wie kaum ein anderes Land Vorteile aus der europäischen Integration gezogen. Die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft der Europäischen Gemeinschaft hat maßgeblich zu den Reformen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa beigetragen, und damit auch zur deutschen Einheit.

Den engen Zusammenhang zwischen deutscher Einheit und europäischer Einigung müssen wir uns immer wieder vor Augen führen. Die Zustimmung zur deutschen Einheit ist nahezu allen unseren Nachbarn schwergefallen. Dafür habe ich volles Verständnis, da mit der deutschen Einheit die jüngste Geschichte Europas in vielen Bildern lebendig wird. Wir wollen jetzt deutsche Europäer sein und zugleich europäische Deutsche: Danach zu streben, ist die wichtigste Lehre aus unserer wechselvollen Geschichte, aber auch aus unserer geografischen Lage im Zentrum Europas. Ein Zurück in den Nationalstaat des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts würde Deutschland und Europa in neues Elend stürzen.

Wenn wir Rückfälle in den zerstörerischen Nationalismus abwehren wollen, müssen wir das gemeinsame

europäische Dach errichten. Unter diesem Dach bleiben wir Deutsche, Franzosen oder Italiener. Niemand soll seine nationale Identität aufgeben. Im Gegenteil: Gerade die kulturelle und sprachliche Vielfalt, die unterschiedlichen europäischen Temperamente und Talente machen den Reichtum der künftigen „Vereinigten Staaten von Europa“ aus, von denen Winston Churchill 1946 in Zürich sprach.

Im direkten Vergleich der großen Wirtschaftszentren Ostasien-Nordamerika-Europa wird die europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Markenzeichen einer einheitlichen Währung der Europäischen Union über den Binnenmarkt hinaus zusätzliches Gewicht verleihen. Der künftige Währungsraum Europa braucht von seiner Größe und Leistungsfähigkeit her keinen Vergleich mit den USA und dem heute weltweit dominierenden Dollarraum zu scheuen. Ein einig und starkes Europa kann sich dem internationalen Wettbewerb offen stellen. Denn Protektionismus ist immer ein Zeichen von Schwäche.

Eine wichtige Station auf dem weiteren Weg zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ wird in wenigen Monaten die Vollendung des großen gemeinsamen Marktes mit 340 Millionen Menschen sein. Hinzu kommen gleichzeitig 40 Millionen Bürger aus den EFTA-Staaten, mit denen wir uns zum Europäischen Wirtschaftsraum zusammenschließen. Der Übergang zum europäischen Binnenmarkt erschließt uns eine Vielzahl neuer Möglichkeiten und beseitigt die wesentlichen Hemmnisse im Handel innerhalb der Gemeinschaft.

Noch erleben viele in ihrem geschäftlichen Alltag, daß die Währungs- und Wirtschaftsgrenzen bremsend wirken und oft kostspielige Hindernisse in den Weg legen. Das wird sich in einem Europa mit nur einer Währung ändern!

Im Laufe dieses Jahres soll der Vertrag über die Europäische Union von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Und wer hätte erwartet, daß Großbritannien als erstes Land diesen Schritt vollziehen würde. Damit treten wir in eine neue Etappe des europäischen Einigungswerkes ein. Wie beim Europäischen Binnenmarkt geht es auch beim Übergang zur einheitlichen europäischen Währung für uns Deutsche um die Erweiterung unserer Chancen und Möglichkeiten.

Die Bürger Europas wie auch die Unternehmen – Großbetriebe genauso wie der Mittelstand, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe –, sie alle werden von der gemeinsamen europäischen Währung profitieren. Sie eröffnet zahlreiche neue Freiheiten und damit erweiterte Horizonte, nicht zuletzt im Hinblick auf Investitionen und zusätzliche Arbeitsplätze hier bei uns:

- Der Wegfall lästiger Umrechnungsprozesse und teurer Umtauschverfahren verbessert die globale Wettbewerbsfähigkeit gerade der exportorientierten deutschen Unternehmen. Was hier künftig an Kosten gespart wird, steht für sinnvollere Verwendungen zur Verfügung!
- Wechselkursrisiken entfallen vollständig, bisher noch verbliebene Zinsunterschiede werden beseitigt. Die europäischen Kapitalmärkte wachsen zu echter Einheit zusammen – zum Vorteil aller Investoren und Anleger.
- Nicht zuletzt erleichtert eine gemeinsame Währung uns allen künftig Orientierung und Preisvergleich in ganz Europa. Nicht nur Unternehmen profitieren davon, dies kommt vor allem auch den Verbrauchern zugute.

Damit alle diese Vorteile einer gemeinsamen Währung auch voll zur Geltung kommen, ist es unabdingbar, daß sie genauso stabil ist wie die D-Mark. Hierfür habe ich mich von Anfang an mit größtem Nachdruck und erfolgreich eingesetzt.

Wir haben in Maastricht einen Vertrag unterschrieben, der der künftigen europäischen Währung eine sichere Stabilitätsgrundlage gibt. Dazu gehören die Unabhängigkeit der künftigen Europäischen Zentralbank, ihre uneingeschränkte Verpflichtung auf das Ziel der Geldwertstabilität sowie das Verbot von Zentralbankkrediten an öffentliche Haushalte. In wichtigen Punkten ist das Statut der Europäischen Zentralbank strenger als das Bundesbankgesetz. Die Wahrheit ist: Wir haben bei der Wirtschafts- und

Währungsunion mehr erreicht, als zu Beginn der Verhandlungen erwartet werden konnte.

Der Vertrag verlangt von allen Teilnehmern an der Wirtschafts- und Währungsunion eine Haushaltspolitik, die streng auf Stabilität ausgerichtet ist. Die vereinbarten Begrenzungen für die Haushaltsdefizite können – notfalls sogar mit Hilfe von Sanktionen – erzwungen werden. Die Einwilligung zu solchen Sanktionsmöglichkeiten zeigt, wie ernst es alle mit dem Stabilitätsziel meinen.

Zu den Vereinbarungen von Maastricht gehört auch der Wille, die soziale Dimension der Gemeinschaft weiterzuentwickeln. Aber nicht nur in der Sozialpolitik müssen Spielräume bleiben. Auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik muß – ganz nach Maßgabe des Subsidiaritätsprinzips – so weit wie möglich auf nationaler Ebene angesiedelt sein. In einer Währungsunion wird unwiderruflich auf Wechselkursanpassungen zum Ausgleich unterschiedlicher Wettbewerbslagen verzichtet. Um so wichtiger wird der flexible Einsatz nationaler Instrumente.

Vollberechtigtes Mitglied der Währungsunion, die spätestens zum 1. Januar 1999 vollendet wird, kann nur werden, wer eine anspruchsvolle Reifeprüfung besteht. Die strengen Grenzwerte für Inflation, Zinsen und Haushaltsdefizite lassen sich nur von Ländern erfüllen in denen sich eine „Stabilitätskultur“ durchgesetzt hat. Als Folge unserer vielen besonderen Aufgaben entsprechen auch wir zur Zeit nicht den Kriterien. Aber die Politik der Bundesregierung zielt darauf ab, die Konvergenzkriterien strikt zu erfüllen. Wir erwarten dies genauso von allen anderen Beteiligten.

Dabei haben wir keinen Grund zu Hochmut. Bei mehreren unserer Nachbarn – ich nenne Frankreich als Beispiel – hat es in den letzten Jahren erhebliche Stabilitätsanstrengungen und -fortschritte gegeben. Jedes Land muß sich in eigener Verantwortung für die Wirtschafts- und Währungsunion qualifizieren. Eine Abwälzung der notwendigen Konvergenzanstrengungen auf den EG-Haushalt werden wir nicht zulassen.

Für mich ist ganz klar: Entweder kommt die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft der dafür qualifizierten Länder, oder sie kommt nicht. Einen „Nebeneingang“ zur Wirtschafts- und Währungsunion für Kandidaten, die die strengen Voraussetzungen nicht erfüllen, kann es nicht geben. Denn eine Währungsunion ist eine nicht mehr kündbare Solidargemeinschaft und muß daher – so wie in Maastricht verbindlich vereinbart – von Anfang an auf stabilen Beinen stehen.

Wenn 1996 keine „Stabilitäts-Mehrheit“ zustande kommt, verschiebt sich der Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion auf spätestens den 1. Januar 1999 – dann auch möglicherweise unter vollberechtigter Teilnahme von weniger als der Hälfte der Mitglieder der Europäischen Union. Die Terminsetzungen in der Wirtschafts- und Währungsunion und die Erfüllung der Konvergenzkriterien bedingen sich gegenseitig.

Der Verdacht mancher Maastricht-Kritiker, einige EG-Partner wollten mit Hilfe der Wirtschafts- und Währungsunion den Stabilitätsanker D-Mark lockern, um künftig in eine weniger ehrgeizige Geld- und Finanzpolitik abdriften zu können, unterschätzt das gewachsene Stabilitätsbewußtsein in Europa. Die gleiche Kritik wurde schon vor 13 Jahren bei der Gründung des Europäischen Währungssystems vorgetragen. Manche, die auch heute wieder in der vordersten Reihe der Kritiker stehen, haben dem EWS damals nur eine sehr kurze Lebensdauer vorhergesagt. Glücklicherweise richtet sich die Wirklichkeit nicht immer nach den Prognosen von Bedenkenträgern und Schwarzmalern.

Heute nehmen mehr Währungen als je zuvor am EWS teil. Die letzte Anpassung der Wechselkurse liegt fünf Jahre zurück. Dies zeugt von Anstrengungen zu mehr Stabilität. Die in Maastricht beschlossenen Konvergenzkriterien werden die EG-Mitgliedstaaten noch stärker zu stabilitätskonformem Verhalten anspornen. Niemand mag als derjenige dastehen, der es nicht geschafft hat, die Eintrittskriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen.

Unser klarer Wunsch ist es, daß Deutschland Standort der künftigen Europäischen Zentralbank wird. Dies wäre ein Signal der Stabilität und würde über Deutschland hinaus einen wertvollen Vertrauensvorschuß für die gemeinsame europäische Währung bedeuten.

Meine Damen und Herren, wer von Maastricht einen perfekten Bauplan für die Europäische Union erwartet hat, mißverstet den Charakter des europäischen Integrationsprozesses. Die Europäische Union läßt sich nicht mit einigen Federstrichen am politischen Reißbrett entwerfen, sondern sie muß – aufbauend auf den unterschiedlichen Traditionen und Erfahrungen ihrer Mitglieder – Schritt für Schritt entwickelt werden.

In Maastricht ist es gelungen, die Grundlagen für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu schaffen. Dazu gehört auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu gegebener Zeit die europäische Verteidigungsidentität sicherstellt. Ich sage dies auch in Blick auf die Vereinbarungen, die ich mit Präsident Mitterrand in der letzten Woche in La Rochelle getroffen habe. Denn wir Europäer müssen zueinanderfinden und stärker als bisher unseren eigenen Beitrag zur gemeinsamen atlantischen Verteidigungspolitik leisten.

Dabei möchte ich betonen: Die Stärkung des europäischen Pfeilers in der Allianz ist seit Jahrzehnten erklärtes Ziel auch der amerikanischen Politik. Wir wollen es jetzt verwirklichen. Ich sage es noch einmal: Diese Position richtet sich nicht gegen die USA, sondern ist eine europäische Position, um gemeinsam mit den USA für die Zukunft die Verteidigung unseres Kontinents zu sichern und zu garantieren.

Unser Ziel ist aber auch, über den militärischen Bereich hinaus die atlantische Brücke auszubauen. Die Intensivierung der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte kann gar nicht weit genug gehen. Ich glaube, die Bildung einer ersten deutsch-amerikanischen Akademie der Wissenschaften ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Zugleich haben wir in Maastricht eine verstärkte Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik vereinbart. Hier sind weitere Fortschritte auch im Zusammenhang mit der Asylproblematik wichtig, die nicht mehr auf der nationalen Ebene allein gelöst werden kann.

Wir konnten auch die Rechte des Europäischen Parlaments ausweiten, aber die demokratische Kontrolle der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft muß noch weiterentwickelt werden. Dies ist unser Beweggrund für die Stärkung des Europäischen Parlaments. Es geht nicht darum, den nationalen Parlamenten Rechte wegzunehmen.

Damit sind wir gewiß noch nicht am Ziel. Ich selbst hätte mir auch einen noch größeren Schritt zur Politischen Union gewünscht. Aber dies kann und darf doch nicht bedeuten, daß wir ein gutes Ergebnis einer „Alles-oder-Nichts-Strategie“ opfern. Außerdem haben wir in Maastricht für 1996 eine Vertragskonferenz verabredet. Das heißt: Zeitlich vor Eintritt in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion werden wir die bis dahin erzielten Fortschritte bei der Politischen Union bewerten und – soweit im Lichte der gesammelten Erfahrungen nötig – Revisionen vornehmen. Im übrigen wird sich in den kommenden Jahren erweisen, daß in Maastricht über das niedergeschriebene Verhandlungsergebnis weit hinaus das Tor zur Politischen Union aufgestoßen wurde.

Der nächste Schritt wird der Beitritt neuer Mitglieder zur künftigen Europäischen Union sein. Ich gehe davon aus, daß die Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland sowie auch – wenn möglich – mit der Schweiz und Norwegen Anfang 1993 aufgenommen werden können. Und ich sage voraus: Mit dem EG-Binnenmarkt, mit neuen EG-Mitgliedern und mit dem Hineinwachsen in die Wirtschafts- und Währungsunion wird die Eigendynamik der europäischen Integration weiter zunehmen.

Nach dem Abschluß der Ratifizierung in den zwölf Mitgliedstaaten kommt es darauf an, die Verträge von Maastricht mit Leben zu erfüllen und auf die innere Dynamik des Einigungsprozesses zu setzen. Wenn die Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft kein Vertrauen in die Zukunft eines gemeinsamen Europa gehabt hätten, wären die Römischen Verträge 1957 nicht möglich gewesen. Warum sollten wir heute – nach über 30 Jahren guter Erfahrungen – weniger Vertrauen aufbringen?

Die Europäische Einigung ist ein entscheidender Faktor in der erfolgreichen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – nur wenn wir diesen Weg konsequent fortsetzen, können auch wir in Deutschland weiter Erfolg haben. Nur in einem starken und einigen Europa können wir die Zukunft gewinnen!

Gerade wir Deutsche würden nicht nur die Herausforderung der Geschichte verfehlen, sondern auch uns selbst schaden, wenn wir uns jetzt der Vertiefung der Europäischen Einigung versagen würden. Nach der Wiedervereinigung gilt es, die zweite Aufgabe unseres Grundgesetzes von 1949 zu erfüllen: Die Einigung Europas.

III.

Für uns Deutsche sind und bleiben die Einheit unseres Vaterlandes und die Einigung Europas zwei Seiten ein und derselben Medaille. Wir müssen die Aufgaben der Zukunft solidarisch und verantwortungsbewußt angehen. Daß wir dazu in der Lage sind, müssen wir Deutsche zuerst im eigenen Land beweisen.

Die Wiedervereinigung ist ein Jahrhundertereignis, das jeden von uns in die Verantwortung nimmt. Wir können jetzt nicht schnell wieder zur gewohnten Tagesordnung übergehen, auf gewohnte Ansprüche pochen und Besitzstände verteidigen.

Das heißt zum Beispiel konkret:

Tarifparteien, die ohne Rücksicht auf den enormen Investitionsbedarf in den neuen Bundesländern in die fruchtlosen Verteilungskämpfe der siebziger Jahre zurückfallen, werden ihrer gesamtdeutschen Verantwortung nicht gerecht. Die Tarifparteien müssen sich insbesondere gemeinsam Gedanken darüber machen, wie sie durch eine stärker differenzierte Lohnpolitik den Spielraum für Investitionen in den ostdeutschen Betrieben vergrößern können.

In den öffentlichen Haushalten müssen klare Prioritäten zugunsten der neuen Bundesländer gesetzt werden. Dies ist beim Bund bereits geschehen. In den Haushalten der westlichen Länder und Gemeinden fehlt es dagegen noch an überzeugenden Beweisen für den notwendigen Sparwillen.

Für einen raschen Aufholprozeß muß die Investitionstätigkeit noch weiter verstärkt werden. Darauf weist in ihrem jüngsten Monatsbericht auch die Deutsche Bundesbank hin. Dies gilt namentlich für die privaten Investitionen. Sie liegen pro Kopf der Bevölkerung noch deutlich unter dem Niveau in Westdeutschland. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Sie reichen von schwierigen Eigentumsfragen über Verwaltungsengpässe bis hin zu den unvermeidbaren Vorlaufzeiten für die Planung und Durchführung von Großinvestitionen. Dennoch wäre es in manchen Fällen trotz dieser Hindernisse möglich, das private Investitionsengagement noch zu steigern.

In den neuen Bundesländern sind Investoren aus aller Welt willkommen. Dort entstehen Wirtschaftsstandorte, die in wenigen Jahren zu den modernsten in Europa gehören werden. Wer in Ostdeutschland investiert, hat einen doppelten Vorteil: Er investiert im Europäischen Binnenmarkt und zugleich in der Nähe der Zukunftsmärkte in den Reformstaaten Mittel- und Ost-Europas.

Allerdings – wer jetzt die Frage eines neuen Lastenausgleiches aufwirft, muß wissen: Seine Aktivität beflügelt nicht die Investitionstätigkeit, sondern belastet das Investitionsklima zum Nachteil aller.

Schließlich dürfen wir nie vergessen: Die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges nach dem Krieg ist die stabile D-Mark. Diese Stabilität darf auf keinen Fall durch ausufernde Ansprüche verschiedener Gruppen unserer Gesellschaft an das Bruttosozialprodukt aufs Spiel gesetzt werden.

Die derzeitige Preissteigerungsrate von 4 1/2 Prozent muß so schnell wie möglich wieder verringert werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich bei uns Inflationserwartungen in dieser Höhe verfestigen, weil dann eine Rückkehr zu größerer Stabilität um so schwieriger wird. Ich teile die Einschätzung der Bundesbank, daß wir im zweiten Halbjahr wieder eine Drei vor dem Komma bei der Inflationsrate erreichen können. Unser Ehrgeiz muß allerdings weitergehen: Wir müssen wieder zurückkehren zu Preissteigerungsraten, wie wir sie nach 1982 erreicht haben.

IV.

Derzeit beschäftigt uns eine Vielzahl von Problemen im Zusammenhang mit der inneren Einheit Deutschlands. Aber entscheidende Fragen an die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland sind davon unabhängig. Sie hätten sich auf jeden Fall gestellt, angesichts

- der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes
- und des zunehmenden weltweiten Wettbewerbs.

Dazu zählen vor allem die Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung. Eine der niedrigsten Geburtenraten und die steigende Lebenserwartung verändern den Altersaufbau unserer Bevölkerung dramatisch. Dies verlangt Vorsorge in unserem Sozial- und Gesundheitssystem. Wer die Entwicklung betrachtet, erkennt: Die Pflegeversicherung ist eben kein Luxus, sondern dringende Notwendigkeit.

Soziale Sicherheit hat ihre Grundlage stets in wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Auch hier werfen die Fakten Fragen auf, denen sich niemand entziehen kann:

Wir haben in Deutschland

- extrem lange Ausbildungszeiten im akademischen Bereich,
- ein Renteneintrittsalter von durchschnittlich unter 59 Jahren,
- mit 37,7 Stunden die kürzeste Wochenarbeitszeit aller Industrieländer,
- mit 42 Tagen die meisten Feier- und Urlaubstage
- und als Folge davon mit 1 500 Stunden die niedrigste Jahresarbeitszeit.

Der Arbeitszeitnachteil wird nicht etwa durch längere Maschinenlaufzeiten in unseren Betrieben ausgeglichen. Vielmehr sind wir auch hier das europäische Schlußlicht mit nur 53 Stunden pro Woche.

Mit Blick auf die Konkurrenzsituation in Europa müssen wir dem Beispiel vieler anderer Länder folgen, und mit der Reform der Unternehmensbesteuerung die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft stärken.

All diese Tatsachen sind völlig unabhängig von der deutschen Einheit. Sie geben wieder, was sich in den alten Bundesländern in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat.

Die Sicherung unserer Zukunft verlangt von allen Verantwortlichen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Vernunft, Augenmaß und Flexibilität. Im Ausland traut man uns die Kraft zu, alle auf uns zukommenden Aufgaben zu lösen. Wir sollten uns selbst nicht weniger zutrauen!

V.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor dem Ende eines Jahrhunderts, in dem zwei Weltkriege sowie totalitäre Diktaturen unermessliches Leid über die Menschen und Völker unseres Kontinents gebracht haben.

Am 4. August 1914, zu Beginn des Ersten Weltkrieges, hatte der damalige britische Außenminister Sir Edward Grey prophezeit: „Die Lichter gehen in ganz Europa aus, wir werden sie in unserem Leben nie wieder leuchten sehen.“

Welch dramatischer Kontrast zu den Erfahrungen, die wir seit 1945 zunächst im freien Teil Europas und jetzt auch im Osten unseres Kontinents machen: Auch in der Mitte Europas und im Osten gehen die Lichter jetzt wieder an –, und wir haben die einzigartige Chance, daß dies auf Dauer so bleibt!

Ich sage bewusst „Chance“ – noch nicht „Gewissheit“, denn das schreckliche Blutvergießen im ehemaligen Jugoslawien sowie innerhalb und zwischen einigen Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion mahnen uns zur Wachsamkeit gegenüber Rückfällen in vergangen geglaubte Zeiten.

Aber die Chance ist da. Wir sind aufgefordert, sie gemeinsam tatkräftig zu nutzen, nicht zuletzt mit Blick auf die junge Generation, die heute wie kaum eine andere vor ihr die Aussicht hat, ihr ganzes Leben in verbürgtem Frieden und in gesicherter Freiheit zu führen!